

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 73 (1979)
Heft: 9

Artikel: Die fehlende kirchliche Friedensstrategie : eine Antwort an Reinhard Kuster
Autor: Rutishauser, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142795>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die fehlende kirchliche Friedensstrategie

Eine Antwort an Reinhard Kuster

«Wo bleiben die Friedensstrategien der Kirche?» hat Fridolin Trüb in der Februarnummer der «Neuen Wege» gefragt. Im Unterschied zum vorangegangenen Artikel von Reinhard Kuster muß ich zugeben: ich sehe nichts von einer Strategie. Seine Ausführungen illustrieren für mich nur, daß dieses Durcheinander von Aktionen meist Reaktionen sind, die wenig Positives bewirken, und nur derjenige sie als Friedensstrategie ansehen kann, der froh ist, wenn nichts geschieht.

1. Beispiel: Rassismus

Der Oekumenische Rat der Kirchen hat eine Strategie für die Bekämpfung des Rassismus. Vom Studium über Empfehlungen und Gespräche ist er nach fünfzig Jahren bei einem Aktionsprogramm angelangt. Die Schweizerkirchen sind Schritt für Schritt darüber informiert worden, und ihre Vertreter in den Gremien des OeRK haben dem auch zugestimmt. Als im Rahmen dieses Programmes eine Liste mit Schweizerfirmen erschien, die von ihren Kirchen hätten aufgefordert werden sollen, sich aus Südafrika zurückzuziehen, da meldete sich der Schweizerische Evangelische Kirchenbund zum ersten Mal. Er hat seine Kritik aber nicht an die Schweizer Firmen, sondern an den OeRK gerichtet. Er schämte sich nicht, in seine «Fragen» Argumente des «Trumpf Buur» aufzunehmen. Unter Berufung auf die Empörung im Schweizerland hat er sich vom Programm des OeRK distanziert, das heißt öffentlich zugegeben, daß ihm die Vermeidung von Aerger mit den Mächtigen in der Schweiz wichtiger ist als die Bekämpfung des Rassismus.

Im Anschluß an dieses Abrücken von der Initiative der fast dreihundert Kirchen des OeRK hat der SEK dann seine eigene «Friedensinitiative» entwickelt. Ich möchte hier zeigen, daß dies eine Reaktion und keine Initiative war. Sie geht zurück auf einen Antrag der Zürcher Delegierten der Abgeordnetenversammlung des SEK. Pfr. P. Vogel-sanger war (neben andern Zürcher Kirchenvertretern) durch die südafrikanische Botschaft zu einer Reise nach Südafrika eingeladen worden. Neben der südafrikanischen Regierung war ihm die Direktion der Kreditanstalt behilflich, die wahre Lage in Südafrika zu erkennen. Ein Angebot von Apartheidgegnern, ihm Kontakte zu vermitteln, hat er nicht benutzt. So war es kaum erstaunlich, daß er mit der Erkenntnis aus Südafrika zurückkam, daß die Strategie des OeRK verfehlt sei und eine Versöhnungsaktion der Schweizerkirchen lanciert werden sollte.

Es ist hier nicht der Ort, davon zu reden, was für eine Schindluderei mit dem Begriff Versöhnung getrieben wurde, oder wie ohne Rücksicht auf die Vorgeschichte und die Arbeit anderer Kirchen wieder einmal mehr ein schweizerisches Sonderzüglein auf die Fahrt geschickt wurde. Vielmehr geht es darum, zu fragen, was für eine Strategie dahinter stehe.

Die schweizerische «Friedensinitiative» ist zuerst einmal eine Torpedierung der Strategie des OeRK. Ausgelöst wurde sie durch die Pressearbeit in der Schweiz. Nicht die Not der rassisch Unterdrückten oder die Appelle der ökumenischen Kirchenkonferenzen haben die schweizerischen Kirchen in Bewegung gebracht, sondern der politische Druck gegen den OeRK und seine Strategie. Ich bin überzeugt, daß die Abgeordnetenversammlung und der Vorstand des SEK deshalb so manipulierbar waren, weil sie selbst keine Strategie besaßen, weil sie nach all den Jahren nie ernsthafte Pläne gemacht hatten, was sie zur Ueberwindung des Rassismus beitragen könnten.

2. Beispiel: Bankgeheimnis

Als ehemaligem Missionar in Ghana ist es für mich eine der dringendsten brüderlichen Verpflichtungen gegenüber den Christen in Ghana, das legale Instrument der Ausblutung von Dritt-Welt-Ländern: das schweizerische Bankgeheimnis, zu beseitigen. Die Konferenz Schweiz—Dritte Welt hat deutlich eine Beschränkung des Bankgeheimnisses gefordert. Brot-für-Brüder hat diese Gedanken seither immer wieder vorgebracht.

Die evangelischen Landeskirchen oder der Schweizerische Evangelische Kirchenbund haben aber nichts unternommen, um diese entwicklungspolitisch kaum bestrittene Forderung in die Wirklichkeit umzusetzen, sie haben die Initiative «abrahamitischen Minderheiten» überlassen. Diese haben nun Hilfe bei einer politischen Partei geholt. Ich denke dabei an die Worte Jesu: «Meinet nicht, bei euch selber sagen zu können: wir haben Abraham zum Vater. Denn ich sage euch: Gott vermag dem Abraham aus diesen Steinen Kinder zu erwecken . . .»

Wieder haben die verantwortlichen kirchlichen Stellen es versäumt, eine Strategie zu entwickeln und warnen jetzt davor, sich nicht vor andere Wagen spannen zu lassen. Ob das nicht eigentlich unser Wagen wäre, den andere da ziehen, darf man jetzt nicht mehr fragen. Dieses Beispiel ist so extrem, daß bei mir der Verdacht aufsteigt: steckt da System dahinter? Verzichtet der SEK auf eine Strategie, weil er damit nicht als Gegner jener Ausbeuter auftreten muß, die vom Bankgeheimnis profitieren? Und überläßt er die Initiative andern, um sich darnach in die neutrale Beobachter- und Ratgeberrolle begeben zu können?

3. Studieren ist weniger gefährlich als probieren

Mir kommen die Worte eines kamerunischen Kirchenführers in den Sinn:

«Wenn wir europäischen Christen eine konkrete Frage stellen,
so geben sie uns eine grundsätzliche Antwort.
Wenn wir ihnen eine grundsätzliche Frage stellen,
so bringen sie konkrete Beispiele.»

Der SEK hat auf die sehr konkrete Frage, wie er sich zu der Unterstützung des Rassismus durch schweizerische Firmen in Südafrika stelle, mit einem allgemeinen Menschenrechtsprogramm geantwortet. Mit den Firmen wurden so allgemeine Gespräche geführt, daß sie ohne große Beschwerden die Thesen unterschrieben, die erarbeitet wurden.

Andererseits, wenn eine politische Frage am Horizont auftaucht, wird das sozialetische Institut beauftragt, eine Studie auszuarbeiten. Damit umgeht eine Kirchenleitung den Entscheid. Eine Studie ist Vorarbeit für einen Entscheid, sie ersetzt die eigene Stellungnahme nicht ... Eine Studie, die nicht zu Entscheiden führt, nützt dem Auftraggeber wenig, höchstens als Alibi. Die Tatsache, daß zum Beispiel die Studie über Atomenergie nicht vor der Volksabstimmung fertig wurde, hat den Auftraggebern viel Aerger erspart. Es läßt sich aber fragen, ob sich dann nicht die ganze Arbeit hätte einsparen lassen? Meine Freude an vielen guten Studien wird getrübt durch die Tatsache, daß sie kaum zu Konsequenzen führen. Ja, ich fürchte, daß sie gar nicht in Auftrag gegeben wurden, um daraus eine Strategie abzuleiten, sondern um sie als «Entscheidungshilfen» weiterzugeben, damit eben auf eine Strategie verzichten zu können, die Initiative ändern zu überlassen.

Mein Aerger über diese «Strategie» des Nicht-Entscheidens ist nicht nur darin begründet, daß sie konstant den Mächtigen, der Mehrheit und den Schläuern dient, sondern daß sie auch unevangelisch ist. Die frohe Botschaft ruft zum Handeln, nicht zum Studieren.

Das Reden von der «Politik ohne Macht» ist eine Ausrede. Es stimmt ganz schlicht nicht. Die Schweiz ist eines der großen Machtzentren dieser Welt. Die Männer und Frauen, die Entscheide fällen, sind Christen, Glieder unserer Kirchen. Sie sind nicht nur unsere Vettern und Schul- oder Militärkollegen, sie haben auch das Recht, von uns das zu hören, was das Evangelium von ihnen fordert. Eine schweizerische Kirche, die entschlossen und systematisch mehr Gerechtigkeit von unseren Banken und Multis gegenüber der Dritten Welt fordert, betreibt keine Machtpolitik. Sie setzt die Macht, die sie hat, für andere ein, riskiert möglicherweise auch, sie zu verlieren.

4. Beispiel: Gewaltlosigkeit

Unsere kirchlichen Stellen haben nie gespart mit allgemeinen Friedensappellen und Studien zur Gewaltlosigkeit. Aber wiederum ist keine Strategie entwickelt worden, zum Beispiel einen Zivildienst zu verwirklichen. Mit dem entschlossenen Willen aller Kirchen, «langfristig, umsichtig und verpflichtet dabei zu bleiben», hätte wohl auch die Schweiz heute ihren Zivildienst. Wir müssen jetzt fragen, warum denn die Kirche keine solche Strategie entworfen hat. Bei keinem anderen Beispiel ist es so deutlich wie hier: die Verheißung des Evangeliums fordert unsern Einsatz für Gewaltlosigkeit. Aber ebenso deutlich ist es: damit geraten wir in einen Konflikt mit den Mächten und Gewalten unseres Landes. Solange die Kirche keine oder eine liederliche Strategie des Friedens hat, ist sie für jene, die Besitz verteidigen müssen, nicht gefährlich. Solange die Kirche keine Strategie des Friedens hat, hat sie Frieden mit den Mächtigen im Lande. Das scheint mir der Weg der Angst, des Unglaubens und Ungehorsams zu sein. Glaube, Gehorsam rechnet mit dem Frieden, wagt es daher, eine Strategie des Friedens zu entwerfen und beharrlich zu verfolgen.

Die Frage nach der Friedensstrategie der Kirche ist für mich die Frage, ob diese Kirche sich selbst ernst nimmt als Leib Christi und als Partner einer Gesellschaft, der sie diese Herausforderung schuldet. Es ist die Frage, ob diese Kirche auch Salz dieser Erde oder nur Erde ist.

Ausländische Investitionen tragen die Apartheid

Ausländische Investoren sollten sich wegen der Rolle, die ihre Investitionen in Südafrika spielen, keinen Illusionen hingeben, erklärte der Generalsekretär des Südafrikanischen Rates der Kirchen, Bischof Desmond Tutu, auf einer Arbeitssitzung der zum 50. Jahrestag der Gründung des Südafrikanischen Instituts für Rassische Beziehungen abgehaltenen Konferenz. «Ihre Investitionen erhalten das Apartheidssystem», meinte er. «Sie gedeihen an schwarzem Elend, billigen Arbeitskräften und der Zerstörung des Familienlebens der Schwarzen durch das niederträchtige Wanderarbeitssystem.» Der Bischof sprach während einer Podiumsdiskussion über interne Reaktionen auf äußeren Druck.

Bischof Tutu äußerte sich auch zu dem Argument, daß die Ausübung von Druck auf Südafrika die am meisten treffen würde, denen geholfen werden sollte, das heißt die Schwarzen. Er meinte dazu: «Es stimmt, daß sie als erste betroffen würden, aber führen sie etwa jetzt ein angenehmes Leben? Die meisten Schwarzen halten es für weit besser, für Wandel zu leiden, als fast endlos weiterzuleiden wie bisher.» (epd)